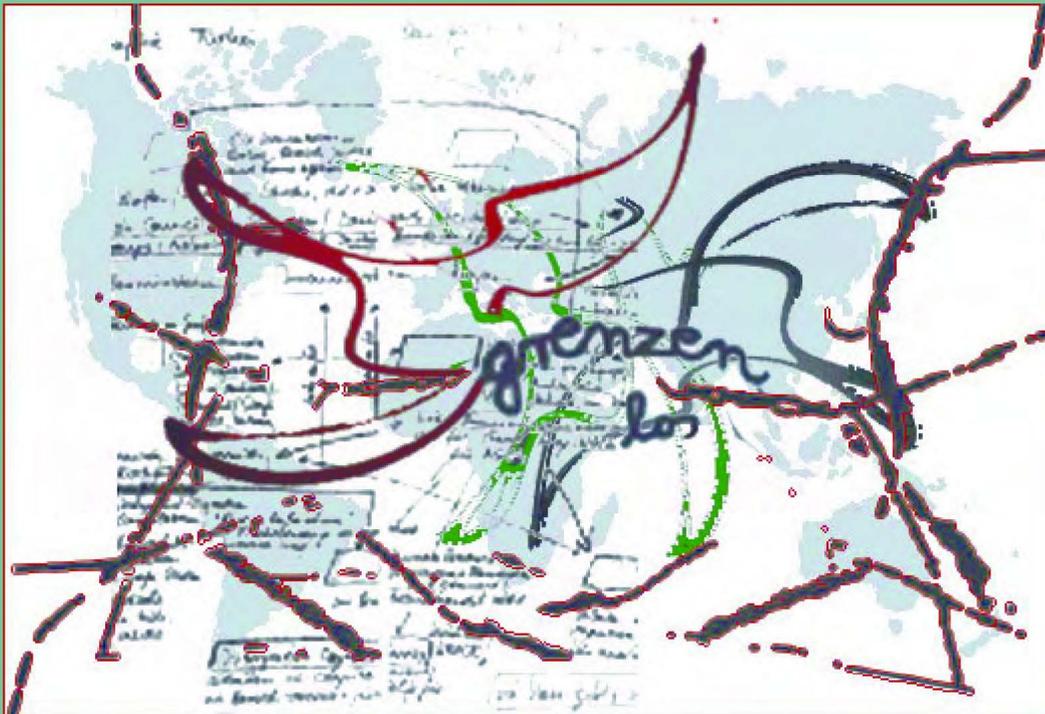


Migration und ihre Grenzen



Asien als Perspektive?

Dokumentation

Workshop am 17./18. September 2010
Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg
Koblanckstraße 10, 14109 Berlin

Ein Workshop organisiert von



Korea-Verband e.V.
Rostocker Straße 33
10553 Berlin

www.koreaverband.de

suedasien.info

Südasiens-Informationsnetz e.V.
Reichenberger Straße 35
10999 Berlin

www.suedasien.info

und gefördert durch



InWent – aus Mitteln des BMZ –

Evangelischer Entwicklungsdienst

sowie mit freundlicher Unterstützung:



Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Frauen

– Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit –

Inhalt

Einleitung.....	1
Migration in Asien – Sechs Thesen.....	3
Programm.....	4
Einführung - Migration in Asien	5
Annäherungen.....	9
I. Migrationsregime in Singapur und Malaysia	9
II. Zur Multikulturalismuswelle in Südkorea	11
III. Klimawandel und Migration: das Beispiel Bangladesch	12
Arbeitsgruppen	15
I. Vom (national)staatlichen Zugriff auf Migration	15
II. Grenzüberschreitende Netzwerke und migrantische Selbstorganisation	17
Die Referentinnen und Referenten.....	24

Einleitung

In Westeuropa und Nordamerika wird das Phänomen Migration meist auf Einwanderung reduziert. In der medialen Auseinandersetzung entsteht so der Eindruck, nur diese Gesellschaften seien als Ziele für MigrantInnen interessant, der Westen müsse sich vor der „Flut“ arbeitswilliger Armutsflüchtlinge schützen. Quantitativ wie qualitativ bedeutsame Binnenwanderungen (etwa im Rahmen der EU) sowie Emigration (z.B. von Fachkräften) spielen im öffentlichen Migrationsdiskurs eine eher untergeordnete Rolle; verdrängt wird auch, dass Auswanderung über Jahrhunderte europäische Gesellschaften prägte.

Auch in Asien hat Migration in all ihren Facetten eine lange Tradition, wie die indische oder chinesische Diaspora in Südostasien zeigen, deren Wurzeln in vorkolonialer Zeit liegen. Heute lebt knapp ein Drittel aller MigrantInnen weltweit – laut UN-Definition jene, die länger als ein Jahr ihre Heimat verlassen – in Asien: mehr als 53 Millionen Menschen. Die gigantischen Binnenbewegungen chinesischer WanderarbeiterInnen oder indonesischer Landflüchtlinge schlagen bei dieser Rechnung ebenso wenig zu Buche wie jene AfghanInnen, die in zweiter Generation in Flüchtlingslagern in Pakistan leben. Obwohl internationale MigrantInnen auf dem Kontinent nicht einmal zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen (gegenüber neun Prozent in Europa), sind China, Indien und die Philippinen die wichtigsten Herkunftsländer internationaler MigrantInnen, wobei ihre Zielländer überwiegend in Asien selbst liegen. In Ländern wie den Golfstaaten stellen ArbeitsmigrantInnen aus Süd- und Südostasien mittlerweile eine zirkulierende Bevölkerungsmehrheit. Manche Länder wie Südkorea oder Japan haben sich zu Immigrationsländern gewandelt, andere wie

Indien sind gleichzeitig von Emigration wie von Immigration betroffen. Neue Migrationsmuster sind entstanden, und vielerorts gibt es heute grenzübergreifende Arbeitsmärkte und Netzwerke. Auch in asiatischen Ländern ist das Phänomen Migration dabei in spezifische historische Erfahrungen eingebettet und wird in gesellschaftlichen Diskursen geformt und von ihnen überformt. Diese Migrationserfahrungen und -diskurse asiatischer Gesellschaften werden hierzulande bislang kaum thematisiert.

Vor diesem Hintergrund organisierten der Korea-Verband e.V. und das Südasien-Informationsnetz e.V. am 17./18. September 2010 einen Workshop in Berlin, um den hiesigen Umgang mit dem Thema Migration kritisch zu hinterfragen und um Erfahrungen aus asiatischen Ländern zu bereichern. Der Titel „Migration und ihre Grenzen“ verweist dabei einerseits auf Grenzregime im Sinne von diskursiv produzierten oder physisch manifestierten Grenzen, die die räumliche, aber auch soziale Mobilität von MigrantInnen auch jenseits des eigentlichen Grenzübertritts limitieren und kanalisieren, die von letzteren jedoch überschritten, umgangen oder herausgefordert werden. Der Titel impliziert aber auch, dass kritisch mitreflektiert werden soll, wie und wo das eigene Verständnis von und für Migration und MigrantInnen begrenzt ist. Darüber hinaus sollte der Untertitel „Asien als Perspektive?“ die Vielgestaltigkeit der Sichtweisen in asiatischen Gesellschaften in den Blickpunkt rücken. Ziel des Workshops war es somit, Eigenheiten, aber auch Zusammenhänge, Unterschiede und Ähnlichkeiten des Umgangs mit dem Phänomen Migration herauszuarbeiten und zu diskutieren. Leitende Fragen waren dabei:

- Mit welchen Formen der Migration sehen sich einzelne asiatische Länder konfrontiert? Welche Migrationsmuster bzw. Migrationsräume spielen eine Rolle?

- Welche Formen der Migration bzw. welche MigrantInnengruppen werden wie, von wem und wann in Migrationsdiskursen thematisiert? Welche spezifischen historischen Erfahrungen oder regionale, politische und kulturelle Zusammenhänge spielen in diese Diskurse hinein?

- Wie gehen einzelne Länder mit Einwanderung um, die zugleich mit Auswanderung konfrontiert waren oder sind?

- Wie wird Migration als staatliches Aufgabenfeld definiert; wie wird Migrationspolitik legitimiert (z.B. als Teil der Wirtschafts-, Kultur-, Außenpolitik) und welche Strategien verfolgen sie?

- Wie wird Migrationspolitik institutionalisiert, welche (nationalen, regionalen,

internationalen) Kontrollregime, Abschottungsmaßnahmen aber auch Anwerbestrategien sollen Migration steuern und ihre Folgen bewältigen?

- Welche Folgen und Auswirkungen haben Migrationspolitiken für Ausführende und AdressatInnen, für MigrantInnen und zivilgesellschaftliche Gruppen?

- Wie unterlaufen MigrantInnen staatliche Steuerungs- und Kontrollstrategien? Wie können sie in den Einwanderungsgesellschaften auf ihre Lage aufmerksam machen? Welche nicht-staatlichen Gruppen und Institutionen nehmen sich dieses Themas an?

Diese und andere Fragen diskutierten die ReferentInnen mit mehr als 30 TeilnehmerInnen an dem spätsommerlichen Wochenende in Berlin. Zentrale Thesen und kontroverse Themen der Diskussionen werden im Folgenden dokumentiert.



Migration in Asien – Sechs Thesen

1. Obwohl grenzüberschreitende Migration in Asien seit den 1970er Jahren deutlich zugenommen hat, dominiert weiterhin Binnenmigration die Bevölkerungsbewegungen auf dem Kontinent. Allerdings finden sowohl die Wanderungen innerhalb staatlicher Grenzen, als auch jene, die diese Grenzen überwinden, meist unter ökonomischen, sozialen, politischen und zunehmend ökologischen Zwängen statt. Perspektivlosigkeit und die Hoffnung auf ein besseres Leben sind ihre wichtigsten Motive.

2. Von grenzüberschreitender Migration sind die Länder und Regionen Asiens sehr unterschiedlich betroffen. Nicht nur, dass Empfängerländer Sendeländern gegenüberstehen. In einigen Ländern ist Migration ein gesellschaftsprägendes Phänomen, während andere Länder nur in recht begrenzten geographischen oder sozialen Bereichen mit Aus- oder Zuwanderung konfrontiert sind. Nicht zuletzt sind je nach Land bzw. Region die Geschlechter sehr unterschiedlich in die Migrationsbewegungen involviert.

3. Vorherrschende Form der grenzüberschreitenden Migration innerhalb Asiens ist die „Zirkulation“ im Rahmen zeitlich befristeter Arbeitsaufenthalte. Sie wird üblicherweise von professionellen Vermittlern organisiert und ist in den Empfängerstaaten streng reguliert. Niederlassung, Familiennachzug und Integration sind unerwünscht. Enttäuschte Erwartungen, Abhängigkeit, Ausbeutung und faktische Rechtlosigkeit bestimmen den Alltag der ArbeitsmigrantInnen im Ausland. Einer „Flucht“ in die Irregularität ist selten eine lange Dauer beschieden; harte Strafen und vorzeitige Abschiebung sind die Folge.

4. Angesichts gestiegener MigrantInnenzahlen in Empfängerländern entzündeten sich an der neuen Diversität politische Diskussionen. Diese beschränken sich allerdings meist auf Erwägungen zur „Nützlichkeit“ von MigrantInnen angesichts nationaler „Defizite“ und sind geprägt von – mitunter offen fremdenfeindlichen – Abwehrreflexen. In Ländern mit eigener Migrationstradition lässt sich eine Sensibilität für Menschenrechtsverletzungen gegenüber MigrantInnen politisch mobilisieren. Eine Revision nationaler Identität steht deswegen allerdings nicht auf der Agenda. Dort, wo Integration thematisiert wird, zielt sie auf die Assimilation von MigrantInnen in eine nationale „Leitkultur“.

5. In Sendeländern wiederum kann es für die Legitimation der Regierungen entscheidend sein, dass sie Arbeitsmigration fördert und „ihre“ MigrantInnen im Ausland unterstützt. In der Praxis lässt sich die Unterstützung aber nur in der Heimat garantieren und erschöpft sich selbst dann meist in symbolischer Politik. Hingegen sind die international schwachen Entsendestaaten kaum in der Lage, die Transnationalisierung ihrer BürgerInnen materiell zu flankieren. Entsprechend groß ist die Bedeutung transnationaler Migrationsnetzwerke, die zur Minimierung von Risiken beitragen und Kontrolle und Rechtsverletzungen manchmal auch aktiv bekämpfen.

6. Aufgrund der Bedeutung transnationaler Migrationsnetzwerke sind Versuche, Migration an ihnen vorbei steuern zu wollen, unangemessen. Es gilt sie einzubeziehen, ohne sie allerdings zu idealisieren. Ihre Rolle bleibt ambivalent: Neben Solidarität und Kooperation existiert insbesondere *zwischen* Migrationsnetzwerken Konkurrenz; als Kanäle selektiven Wissens- und Erfahrungstransfers perpetuieren sie „Mythen der Migration“ und vermitteln Sozialkontrolle aus der Heimat. Gleichzeitig aber sind sie der Resonanzraum für das „Echo“ der Migration, das neben finanziellen Transfers auch die „Überweisung“ von Ideen und Wertvorstellungen beinhaltet – mit Wirkung sowohl in Sende- als auch Empfängerländern.

Programm

Freitag, 17. September 2010

- 19:00 – 20:30 Uhr Begrüßung
Eric Töpfer (Südasiens-Informationsnetz)
Einführungsvortrag
Petra Dannecker (Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien)
- 20:30 – 21:00 Uhr Vorstellung der Themen, ReferentInnen und TeilnehmerInnen
- 21:30 – 23:00 Uhr Film „Saure Erdbeeren: Japans versteckte ‚Gastarbeiter‘“
Dokumentarfilm von Tilman Königs und Daniel Kremers
(Deutschland / Japan 2008)
- Einführung und Diskussion
Hyo-Eun Shin (Korea-Verband)
 - Anschließend Diskussion bei Nachtimbiss mit
Daniel Kremers (Regisseur „Saure Erdbeeren“)

Samstag, 18. September 2010

- 9:00 – 12:30 Uhr Annäherungen I
- Entwicklung und Perspektiven der Migrationsregime in Singapur und Malaysia
Rolf Jordan (Südostasien Informationsstelle, Asienhaus Essen)
 - Logiken und Inhalte der „Multikulturalismuswelle“ in Südkorea
In-Sook Choi (Institut für Soziologie, Georg-August-Universität Göttingen & Institut des Science Sociales du Politique, Ecole Normale Supérieure de Cachan)
 - Moderation
Christoph Freudenberg (Korea-Verband)
- 11:00 – 11:30 Uhr Kaffeepause
- 11:30 – 12:30 Uhr Annäherungen II
- Klimawandel und Migration. Das Beispiel Bangladesch
Sophia Wirsching (Diakonisches Werk der EKD)
- 12:30 – 14:00 Uhr Mittagessen
- 14:15 – 17:00 Uhr Nachmittagsblock mit zwei parallelen Arbeitsgruppen
- AG I: Vom national-staatlichen Zugriff auf Migration
- „The Global Pinoy“ - Staat, Nation und Migration in den Philippinen
Boris Michel (Institut für Geographie, Universität Erlangen-Nürnberg)
 - Japanische Migrationspolitik im Zeichen der globalen Wirtschaftskrise
Ruth Achenbach (Asien-Afrika-Institut, Universität Hamburg)
 - Moderation
Christoph Freudenberg (Korea-Verband)
- AG II: Grenzüberschreitende Netzwerke und migrantische Selbstorganisation
- Das weibliche Gesicht transnationaler Migrationsnetzwerke: Solidarität und Identität von Arbeiterinnen aus Bangladesch in Malaysia
Petra Dannecker (Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien)
 - Migrantische Selbstorganisation zwischen Global Governance und lokaler Mobilisierung: Das „Migrant Forum in Asia“
Stefan Rother (Arnold Bergstraesser Institut Freiburg)
 - Moderation
Eric Töpfer (Südasiens-Informationsnetz)
- 17:15 – 19:30 Uhr Berichte aus den Arbeitsgruppen im Plenum und Diskussion
- Moderation
Rainer Werning (Universität Bonn)

Einführung

Migration in Asien

Den Auftakt zum Workshop bildete ein **Einführungsvortrag von Petra Dannecker**, Professorin am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Jenseits der engen nationalstaatlich oder europäisch fokussierten Diskussionen verstand Dannecker ihre Einführung als Versuch, globale Themen aufzuzeigen und nach ihrer Relevanz für Asien zu fragen. Gleich eingangs machte sie deutlich, dass die Diskussion zu Migration in Asien dominiert wird von Fragen der ökonomischen Relevanz, während soziale Implikationen kaum thematisiert werden. Ähnlich wie in Europa sind allerdings auch in Asien die Perspektiven und Interessen der verschiedenen Akteure sehr vielfältig und die MigrantInnen selbst kommen am wenigsten zu Wort. Außerdem betonte Dannecker, dass die Binnenmigration in Asien weitaus wichtiger sei als transnationale Migrationsbewegungen.

Auch wenn Dannecker darauf hinwies, dass Zahlen zu internationaler Migration immer mit Vorsicht zu genießen seien, nannte sie Schätzungen, nach denen im Jahr 2005 in Asien etwa 46 Millionen Menschen grenzüberschreitend „auf Wanderschaft“ seien, was etwa einem Viertel der weltweiten Migrationpopulation entspreche. Auch sind Landflucht und Binnenmigration in diesem Zeitraum erheblich angestiegen. Stellt man in Rechnung, dass Migration auch die zurückgebliebenen Familienangehörigen erheblich betrifft, dann sind mindestens 20 Prozent der asiatischen Bevölkerung in die vielfältigen Wanderungsbewegungen involviert. Zudem haben sich die Migrationsmuster nachhaltig verändert. Zeitlich befristete Arbeitsmigration und eine neue Femini-

sierung der Arbeit spielen heute eine wichtige Rolle.

Während sich asiatische Migrationsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich nach Europa oder Nordamerika orientierten, nahm seit den 1970er Jahren auch die Migration innerhalb Asiens deutlich zu. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Nachfrage nach unqualifizierten MigrantInnen in den erdölfördernden Golfstaaten, die mindestens 800.000 Menschen pro Jahr vorübergehend ihre Heimat verlassen lässt. Seit den 1980er Jahren haben sich auch südostasiatische und ostasiatische Schwellenländer wie Korea, Malaysia, Singapur und Thailand zunehmend zu Empfängerländern gewandelt. In all diesen Fällen ist der Aufenthalt der ArbeitsmigrantInnen aber zeitlich befristet; Familienzusammenführungen und eine soziale oder politische Integration der MigrantInnen sind explizit nicht erwünscht.

Zu den wichtigsten asiatischen Sendeländern internationaler Migrationsbewegungen haben sich die Philippinen, Sri Lanka, Indonesien, Bangladesch, China und Vietnam entwickelt. Es bleibt aber festzustellen, dass viele Länder nach wie vor sowohl Sende- als auch Empfängerländer sind. Zudem sind die „Sendeländer“ i.d.R. nicht gleichmäßig betroffen, denn die meisten MigrantInnen kommen oft nur aus einer oder mehreren Regionen eines Landes, so z.B. in Indien aus dem Unionsstaat Kerala.

Wurde die Frage nach den Ursachen von Migration lange Zeit mit ökonomischen „push“- und „pull“-Faktoren erklärt, ist inzwischen anerkannt, dass solche Modelle Migration nicht hinreichend erklären. Neue

re Forschung zeigt, dass auch soziale und kulturelle Faktoren wesentlichen Einfluss auf Migration und ihre Orientierung haben. Eine wesentliche Rolle spielen dabei transnationale Migrationsnetzwerke. So wandern z.B. Bangladeschi aufgrund existierender Kontakte und Anlaufpunkte weiterhin bevorzugt Richtung Malaysia, obwohl sich die wirtschaftliche Situation dort deutlich verschlechtert hat. Auch kann Migration z.T. als Lebensstil („culture of migration“) verstanden werden, der mittlerweile ganzen Gemeinschaften prägt.

Von erheblicher Bedeutung für die Migration in Asien ist eine „neue Migrationsindustrie“, die von der Organisation der zeitlich befristeten Arbeitsmigration lebt und profitiert. Entscheidend sind hierfür Rekrutierungsorganisationen und sogenannte „Reisebüros“, die darauf spezialisiert sind, ArbeitsmigrantInnen zu vermitteln. Dabei ist den betroffenen MigrantInnen häufig nicht klar, ob sie dokumentiert oder undokumentiert reisen, weil ihre Aufenthalte von anderen Akteuren abgewickelt werden. Aufenthaltsgenehmigungen sind oft an einen Arbeitgeber geknüpft, so dass z.B. im Fall einer Namensänderung der Firma oder bei einem Arbeitsplatzwechsel der Verlust des Aufenthaltsstatus die Folge ist. Diese rechtliche Prekarität in Kombination mit mangelhaften Informationen der MigrantInnen über ihre Rechte verschärfen Abhängigkeit- und Ausbeutungsverhältnisse.

Von einer „Feminisierung“ der Migration kann insofern gesprochen werden, als dass Frauen, die schon immer Teil von Wanderungsbewegungen waren, nun verstärkt *autonom* migrieren, d.h. nicht mehr nur zum Zweck der Familienzusammenführung. Nahezu 50 Prozent der MigrantInnen weltweit sind heute Frauen. Allerdings unterscheiden sich die Zahlen regional stark: Während sich z.B. in den Philippinen und Sri Lanka weit

mehr Frauen als Männer für Migration entscheiden, ist das Verhältnis in Zentralasien umgekehrt. Ein wichtiger Faktor für die „Feminisierung“ der Migration in Asien ist die exportorientierte Industrialisierung, die eine erhebliche Nachfrage nach billigen Arbeitskräften produziert hat. Obwohl rhetorisch i.d.R. zuerst lokale Kräfte mobilisiert werden, erweisen sich Migrantinnen - auch im Vergleich zu männlichen Migranten - letztlich als die kostengünstigeren Arbeitskräfte und werden so schließlich ins Land geholt. Die dokumentierte Migration der Frauen wird allerdings oft viel restriktiver gehandhabt, wodurch sich Frauen umso häufiger in prekären Verhältnissen finden. Daneben existiert ein wichtiger Markt für weibliche Migration im Bereich häuslicher Dienstleistungen, aber auch im Bereich der Sexarbeit. Zu beobachten ist dabei eine Hierarchisierung aufgrund nationaler Zugehörigkeiten. So verdienen Philippinas mitunter doppelt so viel wie andere Migrantinnen, weil sie im Ruf stehen, „perfekte Hausmädchen“ zu sein.

In jüngerer Zeit ist die Rolle staatlicher Politik zu einem wichtigen Thema in Debatten um Migration geworden. Dabei geht es zum einen um die vorherrschende Ignoranz staatlicher Stellen gegenüber den Rechten und Problemen von MigrantInnen. So existieren selten Mechanismen für einen Schutz vor Ausbeutung und es gibt kaum Programme und Angebote zur Vor- oder Nachbereitung von Migration. Zum anderen wird Migration ähnlich wie in Europa und Nordamerika in wachsendem Maße als Sicherheitsthema problematisiert, bei dem insbesondere undokumentierte MigrantInnen im Kontext von Diskussionen um transnationalen Schmuggel, Drogenhandel und Terrorismus als gefährlich stigmatisiert werden.

Zum Schutz von MigrantInnen, so Dannecker, wäre eine stärkere regionale Kooperation notwendig. Ein Referenzpunkt für die

politische Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ist die „Declaration on the Protection of the Rights of Migrant Workers“. Zudem müssten Sendeländer im Ausland stärker Verantwortung für ihre BürgerInnen übernehmen und, wie z.B. im Fall von Bangladesch, ihre Botschaften für „ihre“ MigrantInnen öffnen. In manchen Staaten gibt es seit einigen Jahren staatliche Vorbereitungskurse und Kurse für die Rückführungen. Diese bleiben aber bislang die Ausnahme und zudem werden sensible, aber wichtige Themen ausgeklammert, wie z.B. die Tatsache, dass 30 Prozent aller HIV-Infizierten in den Philippinen ehemalige MigrantInnen sind.

Einen weiteren Schwerpunkt der aktuellen Diskussionen bildet die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung. So werden MigrantInnen als neue Entwicklungsakteure entdeckt, die soziale Netzwerke knüpfen und mit ihren finanziellen Rücküberweisungen („remittances“) eine zentrale Rolle für die Wirtschaft ihrer Heimatländer spielen. Mittlerweile werden diese Geldtransfers als dritte Säule der Entwicklung verstanden, so dass eine regelrechte „Remittances“-Euphorie ausgebrochen sei. Auch Petra Dannecker selbst sieht einen durchaus positiven Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung, da die Rücküberweisungen vielen Familien einen höheren materiellen Lebensstandard ermöglichen. Gleichzeitig allerdings könnten sich dadurch Ungleichheiten verschärfen und lokale Entwicklung aus eigener Kraft gebremst werden. So hören etwa in Bangladesch Männer nicht selten einfach auf zu arbeiten, weil sie sich auf die Überweisungen ihrer Frauen aus dem Ausland verlassen. Auch sind es nicht unbedingt die Ärmsten der Armen, die emigrieren, weil diese sich Migration schlichtweg nicht leisten können. Weiterhin spielt „brain drain“, ein Faktor, der in Europa stark diskutiert wird, auch in

Asien eine große Rolle. Während z.B. Singapur und Malaysia versuchen, aktiv Hochqualifizierte anzuwerben, verlieren die Philippinen Pflegepersonal und es fehlt dem Land, ähnlich wie anderen ärmeren Ländern, an Ressourcen Qualifizierte zurück zu holen.

Dannecker bemerkte abschließend, dass MigrantInnen nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als soziale und politische Akteure verstanden werden müssten. Dabei gehe es um Fragen der Integration und Re-Integration von MigrantInnen, aber auch um die transformierende Wirkung von „sozialen Remittances“ – den Transfer von Ideen und Vorstellungen zwischen Sendel- und Empfängerländern.

Verschiedene Aspekte wurden in der **anschließenden Diskussion** angesprochen. Noch einmal hervorgehoben wurde die Tatsache, dass Daten zum Thema allerhöchstens Trends abbildeten, aber selbst diese nur sehr unscharf. Große Veränderungen gebe es aufgrund der globalen Finanzkrise, deren Bedeutung für Migration bislang zahlenmäßig kaum erfasst sei. Auch seien Statistiken zu „Remittances“ i.d.R. Zahlen zum Bank-zu-Bank-Transfer, obwohl die Rücküberweisungen vielfach auf informellen Wegen abgewickelt würden, so dass von einer hohen Dunkelziffer auszugehen sei. Allerdings waren in letzter Zeit Bemühungen zu beobachten diesen Bereich stärker zu formalisieren – zum einen aufgrund des Interesses der Banken, sich diesen Markt zu erschließen, und zum anderen aufgrund des sicherheitspolitischen Impulses, die globalen Finanzströme nach dem 11. September 2001 staatlich zu kontrollieren. Unklar hinsichtlich der Bedeutung für „Remittances“ für die Entwicklung der Heimatländer sei vielfach auch, wer eigentlich die Verantwortung darüber habe, was mit dem Geld geschehe – eine Entscheidung, die nur selten von den MigrantInnen

getroffen werde, sondern eher von zurückgebliebenen Familienmitgliedern.

Ergänzt wurde der Vortrag Petra Dannekers mit dem Hinweis, dass auch das Alter derjenigen, die migrieren, im Durchschnitt sinke. So müsse nicht nur von einer „Feminisierung“ der Migration gesprochen werden, sondern auch von einer „Juvenilisierung“. Erschwert werden genauere Erkenntnisse zu dieser Frage aber durch die Tatsache, dass sich junge MigrantInnen häufig auf dem Papier älter machten, um überhaupt Arbeits- oder Aufenthaltsgenehmigungen zu erhalten.

Schließlich wurde die Frage gestellt, ob Migration nicht die Funktion einer „präventiven Anti-Revolution“ habe, da herrschaftsbedrohende Unzufriedenheit „abwandere“. Somit könnte Migrationsmanagement aus Sicht der Herrschenden durchaus als systemstabilisierende Aufgabe verstanden werden. Im Gegensatz zu Asien würde dieser Zusammenhang von Migration und politischer Entwicklung in Südamerika viel stärker diskutiert, werde aber erschreckend selten von transnationalen Organisationen aufgegriffen, die die jeweiligen Regierungen viel zu stark aus der Verantwortung nähmen.



Annäherungen

I. Migrationsregime in Singapur und Malaysia

Nachdem am Freitagabend mit der Vorführung und anschließenden Diskussion des Films „Sour Strawberries“ über MigrantInnen in Japan eine erste vertiefte Annäherung an das Thema stattgefunden hatte, ging es am Samstagvormittag mit Vorträgen weiter. Den Beginn machte **Rolf Jordan** von der Südostasien Informationsstelle, der über **Migrationsregime im „Migrationsraum“ Südostasien** berichtete, der sowohl Ursprung als auch Ziel von Migration ist. Der Schwerpunkt seines Vortrages lag auf den benachbarten Staaten Singapur und Malaysia. Insbesondere ging er dabei Fragen nach der politischen Steuerung von Arbeitsmigration sowie den Bedingungen und Konsequenzen der Illegalisierung von Migration nach.

Quantitativ die wichtigsten Herkunftsländer von MigrantInnen in Südostasien sind gegenwärtig Indonesien, die Philippinen sowie Burma. War über viele Jahre hinweg Flucht vor politischer Gewalt ein wesentliches Motiv, sind die Migrationsbewegungen in der Region mittlerweile von temporärer Arbeitsmigration dominiert. Wichtigste Zielländer sind heute Malaysia, Thailand und Singapur, wobei aus allen drei Ländern gleichzeitig auch insbesondere Hochqualifizierte abwandern.

2010 lebten in Singapur etwa eine Millionen ArbeitsmigrantInnen (ca. 35 Prozent der Arbeitsbevölkerung) und in Malaysia 1,6 Millionen (sowie vermutlich eine Millionen Illegaler; zusammen etwa 25 Prozent der Arbeitsbevölkerung). Je nach Sektor unterscheidet sich die Herkunft der MigrantInnen, so sind z.B. in der Bauwirtschaft und der Hafendarbeit in Singapur viele männliche Migranten aus Malaysia und Thailand be-

schäftigt, die als Tagespendler kommen, wohingegen junge Filipinas sowohl in Singapur als auch Malaysia den Markt für Hausangestellte („domestic workers“) dominieren. Recht unterschiedlich wirkte sich in den Ländern die Finanzkrise aus. Während die Zahl der MigrantInnen in Singapur weitgehend unverändert blieb, hat es in Malaysia einen deutlichen Rückgang gegeben.

Sowohl in Singapur als auch in Malaysia ist die Beschäftigung von ArbeitsmigrantInnen streng reguliert. Sie ist auf bestimmte Sektoren und Branchen beschränkt, und die Rekrutierung erfolgt zumeist geschlechtsspezifisch. Die Festlegung von Obergrenzen ist Standard, ebenso wie die zeitliche Befristung von Arbeitserlaubnissen. D.h. es gibt i.d.R. kein Niederlassungsrecht, keinen Familiennachzug sowie keine freie Arbeitsplatzwahl. Die Besteuerung von Arbeitsmigration („foreign worker levy“) ist drastisch, und MigrantInnen genießen nur eingeschränkte Rechte. Gesundheitschecks sind obligatorisch, und für Frauen gilt ein Heiratsverbot – bei Schwangerschaft erfolgt zumeist die sofortige Ausweisung. Es gibt keine Mindestlöhne, und eine gewerkschaftliche Organisation existiert nicht.

Die generell prekäre Situation von MigrantInnen verschärft sich im Fall der Illegalisierung. Diese geschieht oft unbewusst, da sich die MigrantInnen selten über die Rechtslage und ihren Status völlig im Klaren sind. Aber auch die Umgehung der Bestimmungen sowohl durch MigrantInnen als auch ArbeitgeberInnen sind häufig. Zugenommen haben in den letzten Jahren kriminelle Aktivitäten durch Schlepperorganisationen. Die Strafen gegen undokumentierte MigrantInnen sind in beiden Ländern

hart: umgehende Ausweisung, hohe Geldstrafen (was für diese fatal ist, weil sie häufig bereits hoch verschuldet sind) sowie körperliche Züchtigung. Zehntausende MigrantInnen sind im letzten Jahrzehnt mit Stockhieben bestraft worden. Als weiteres Problem kommt hinzu, dass Tätigkeiten von MigrantInnen oft nicht als „Arbeit“ verstanden werden; dies gilt insbesondere für den Bereich häuslicher Arbeit. D.h. die in diesen Bereichen Beschäftigten genießen keinerlei Rechtsschutz. In Malaysia etwa werden irreguläre MigrantInnen in Abschiebelager gebracht, in denen die Zustände deutlich unterhalb international üblicher Standards sind. Zugleich werden aber auch Leute in diesen Lagern für weitere irreguläre Beschäftigungen rekrutiert.

Insbesondere in Malaysia sind Übergriffe durch Polizei und früher auch durch das Freiwilligenkorps RELA häufig. Bis vor kurzem hatte das RELA gegenüber MigrantInnen die gleichen Vollmachten wie die Polizei, so dass diese faktisch zu „Freiwild“ wurden. Amnesty International hat die alltäglichen Übergriffe 2010 in dem Bericht „In der Zwickmühle. Die Ausbeutung von Arbeitsmigranten in Malaysia“ dokumentiert.

Die Situation von MigrantInnen in den beiden Ländern fasste Rolf Jordan wie folgt zusammen: Arbeitsmigration ist einem hohen Maß an Regulierung und Reglementierung ausgesetzt. Illegalisierung ergibt sich schnell – mit der Konsequenz der Kriminalisierung, die harsche Strafen nach sich zieht. Die anhaltende Diskriminierung und unzureichende Durchsetzung bestehender Rechte führt zu alltäglichen Menschenrechtsverletzungen, wohingegen Arbeitsgeber allermeist straffrei ausgehen.

Jordan forderte ein stärkeres Engagement der Zivilgesellschaft, die mittlerweile einige Erfolge zu verzeichnen hat, wie z.B. das Verbot der RELA. Allerdings bleibt ein

wesentliches Problem, dass NGOs selbst sehr schnell kriminalisiert werden, wenn sie sich zu sehr für MigrantInnen stark machen. Ihr Engagement wird als Begünstigung von illegaler Migration wahrgenommen und entsprechend bestraft.

Hieran anknüpfend wurde in der **Diskussion** die Frage aufgeworfen, wer denn zivilgesellschaftliche Akteure sind bzw. sein könnten, die sich für MigrantInnenrechte einsetzen. Schließlich gebe es in beiden Ländern nur sehr wenige Organisationen, die sich der Problematik annehmen. Und die wenigen stünden, wie gesagt, unter großem Druck. So waren z.B. Ende der 1980er Jahre katholische Sozialarbeiter, die sich für philippinische MigrantInnen stark gemacht hatten, als pro-kommunistische Agitateure verleumdet und verhaftet worden. Hinzu kämen ethnische und soziale Animositäten oder angesichts eigener sozialer und politischer Probleme die Ignoranz gegenüber der schwierigen Lage von MigrantInnen.

Erneut wurde auch die Zuverlässigkeit von Statistiken diskutiert. Zwar sei insbesondere in Singapur aufgrund der starken Reglementierung und strengen Kontrolle von vergleichsweise realistischen Zahlen auszugehen, andererseits seien die Zahlen in Malaysia aber wegen der schwer kontrollierbaren Grenze zu Indonesien mit Vorsicht zu betrachten. Auch sei der Umgang mit Zahlen zum Thema Migration stark von politischen Interessen abhängig und nicht zuletzt sei bekannt, dass auch die Statistik führende Bürokratie oft korrupt sei und mit Schlepperbanden zusammen arbeite. Eigene Datenerhebungen durch unabhängige Forschung werden in beiden Ländern durch die autoritären Regime untersagt.

Es wurde darauf hingewiesen, dass in Malaysia eine recht ambivalente Haltung gegenüber Migration zu beobachten sei. So existierten aufgrund der langen Grenze zum

bevölkerungsstarken Indonesien Ängste und Unmut gegenüber dem großen Nachbarn. Zugleich bestehe aber von politischer Seiten auch der unausgesprochene Wunsch die als problematisch wahrgenommene heterogene

ethnische Zusammensetzung der eigenen Bevölkerung durch Zuwanderung aus Indonesien zugunsten der Muslime zu verschieben.

II. Zur Multikulturalismuswelle in Südkorea

Die zweite Annäherung im Detail unternahm **In-Sook Choi**, die an der Georg-August-Universität Göttingen und der École Normale Supérieure de Cachan über die Rechte ethnischer Minderheiten in Japan und Südkorea promoviert. Ihr Vortrag ging der Frage nach, wie Südkorea, das sich als Nation lange Zeit ausschließlich ethnisch definierte, mit alten und neuen Minderheiten umgeht und deren Identität konstruiert. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass spätestens in der vergangenen Dekade eine **Debatte um „Multikulturalismus“ in Südkorea** eingesetzt hat. Hintergrund dieser Diskursverschiebung ist die steigende Zahl von AusländerInnen im Land, die allerdings im Vergleich zu vielen anderen Ländern noch recht gering ist. Allerdings konzentriert sich das Phänomen ausländischer ZuwanderInnen in bestimmten Bereichen und wird dort augenscheinlich.

Südkorea verzeichnet, ähnlich wie Japan, einen rapiden Anstieg der Heiratsmigration, bei der i.d.R. Heiratsagenturen Frauen an Männer im ländlichen Raum vermitteln, die aufgrund der Stadtflucht einheimischer Frauen keine Partnerinnen mehr finden. Allerdings ist diese Form der Migration mit erheblichen Konflikten verbunden. Die Agenturen informieren die zukünftigen PartnerInnen unzureichend übereinander, und in den neuen Familien begegnen die angeheirateten Frauen einer fremden Sprache sowie häufig patriarchalen Strukturen und Gewalt. Die Politik reagierte in den letzten Jahren mit einem „Aktionsplan für soziale Integration der Heiratsmigrantinnen“, allerdings liegt

der Fokus in der Realität häufig auf deren Kindern, den „mixed blood children“ und deren Integration. Obwohl das Schlagwort „Multikulturalismus“ dabei im Munde geführt wird, ist die Praxis dabei insgesamt auf Assimilation ausgerichtet: Neben Sprachkursen werden z.B. auch Kurse für koreanisches Kochen oder Einführungen in die traditionelle Teezeremonie angeboten.

Im Gegensatz dazu steht die Politik gegenüber den männlichen Migranten, die im Niedriglohnsektor für 3D-Arbeiten („dirty, dangerous, demeaning“ – dreckig, gefährlich, erniedrigend) rekrutiert werden. 1987 kamen die ersten dieser Arbeitsmigranten ins Land, zunächst unreguliert und später hauptsächlich über das umstrittene „Industrial Trainee System“, das vermeintlich Qualifizierung bieten sollte, faktisch aber Ausbeutung und Menschenrechtsverletzung bedeutete. Interessanterweise setzten sich vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte von Arbeitsemigration Kirchen, Gewerkschaften und NGOs für die Rechte der Migranten ein. Als Ergebnis wurde 2003 ein „Employment Permit System“ eingeführt, das allerdings keinen wirklichen Politikwandel bedeutete, da die Arbeitserlaubnis auf drei Jahre befristet und die Situation der Migranten weiterhin prekär bleibt. Im Gegensatz zur auf Assimilation ausgerichteten Politik gegenüber den weiblichen Heiratsmigrantinnen ist eine Integration der männlichen Arbeitsmigranten explizit unerwünscht.

Anders hingegen die Situation von Angehörigen der koreanischen Diaspora, die für

den lokalen Arbeitsmarkt rekrutiert werden. Diese werden gegenüber anderen MigrantInnen bevorzugt eingestellt; allerdings bestehen soziale Vorbehalte und mitunter auch rechtlich-politische Diskriminierung gegenüber dieser Gruppe. So schloss z.B. das „Overseas Korean“-Gesetz von 1999 ausdrücklich jene Menschen von den zugestandenen Rechten aus, die vor 1948 ausgewandert waren. Negativ betroffen waren davon insbesondere ethnische Koreaner aus der VR China, Russland oder Japan. Zwar wurde das Gesetz 2004 revidiert, aber in der Praxis bleibt es trotz der auf eine Integration ethnischer Koreaner ausgerichteten Politik bei einer starken Hierarchisierung von Koreanern aus der Diaspora.

Zusammenfassend stellte In-Sook Choi fest, dass in Südkorea eine starke Hierarchisierung der Zugehörigkeitskriterien zur Nation besteht. Als prioritäre Zielgruppe würden dabei aktuell die HeiratsmigrantInnen verstanden, die als „integrierbar“ betrachtet werden. Unterstrichen wird dies durch den Fokus auf ihre in Korea geborenen Kinder. Ob diese Hierarchisierung durchbrochen werden kann, hänge von Politik und der Zivilgesellschaft ab. Letztere habe allerdings mehrheitlich auch ein exklusiv ethnisches Verständnis von Multikulturalismus. Entsprechend sei kaum zu erwarten, dass sich

die Situation in naher Zukunft grundlegend ändern werde.

In der **Diskussion** wurde der Frage nach der generellen Funktion des Begriffs „Multikulturalismus“ in Einwanderungsgesellschaften nachgegangen. Vermutet wurde, dass es sich dabei um ein Label handle, das als „Verkaufsstrategie“ liberaler Gesellschaften diene, um nach innen nationalstaatliche Kontrolle zu garantieren und nach außen Legitimität und Anerkennung zu erhalten. Insbesondere in ethnisch relativ homogenen Ländern wie Südkorea oder Japan würde Ethnizität damit das ultimative Zugehörigkeitsmerkmal bleiben. Unter Umständen könnten MigrantInnen „absorbiert“ werden. Ob dies aber gewünscht sei und wie es gelinge, hänge von vielen Faktoren ab, u.a. von ökonomischen, aber auch von der äußeren Erscheinung. Wer kaum als „fremd“ auffalle, werde bevorzugt. Aber, wie das Beispiel der angestrebten Assimilation von HeiratsmigrantInnen zeige, könnten auch grundlegende Prozesse sozio-demographischen Wandels ein Umdenken bewirken. So sei es bis vor kurzem noch verpönt gewesen, wenn Männer ausländische Frauen geheiratet hätten – und für Frauen gelte die umgekehrt heute noch. Daher markiere der Beginn der Heiratsmigration den Auftakt der Debatte um „Multikulturalismus“.

III. Klimawandel und Migration: das Beispiel Bangladesch

Die letzte „Annäherung“ kam von **Sophia Wirsching**, die sich für das evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“ mit **umweltbedingter Migration in Bangladesch** beschäftigt. Bevor Wirsching auf das Fallbeispiel einging, stellte sie den größeren Rahmen des Themas dar: Schätzungsweise sind gegenwärtig bis zu 60 Millionen MigrantInnen klimabedingt auf Wanderung; das entspricht zwischen 10 und 25 Prozent der weltweiten Migrationsbewegungen. Dabei unterschied

sie zwischen sofortigen katastrophalen und schleichenden Umweltveränderungen als zwei ursächlichen Phänomenen. Handelt es sich bei ersteren z.B. um Stürme und Überschwemmungen, führen letztere zum langsamen Verlust von Territorium – bis hin zum drohenden Untergang ganzer Inselstaaten. Besonders betroffen sind dabei Länder des Südens in Afrika, Asien und Ozeanien, weil ihnen – im Gegensatz bspw. zu den Niederlanden – die Ressourcen für Anpassungs-

maßnahmen fehlen. Verschärfend kommt häufig hinzu, dass ökologische Katastrophen häufig auch soziale und politische Konflikte nach sich ziehen, wenn z.B. um verknappen- des Land oder Wasser konkurriert wird. Manche Schätzungen fürchten, dass im Jahr 2050 bis zu einer halben Milliarde Menschen unmittelbar oder mittelbar klimabedingt auf der Flucht sein könnten. Schwierig abzugrenzen sei allerdings, ob es sich um Flucht oder Migration handele, da Umweltfaktoren immer nur eine Ursache unter vielen sind. Zu beobachten ist bspw. „vorbeugende Migration“, wenn ein Bleiben noch möglich wäre, aber aufgrund mangelnder Perspektiven nicht mehr für sinnvoll gehalten wird. Bislang fehlt diesen Umweltflüchtlingen der Status als „Flüchtling“. Dies nicht zuletzt, da damit auch Kompensationsfragen akut werden könnten.

Im dicht besiedelten Bangladesch, das etwa halb so groß ist wie Deutschland, sind etwa 30.000 qkm von Überschwemmungen bedroht. Knapp 40 Prozent der Bevölkerung lebt in niedrig gelegenen Küstenregionen. Obwohl das Land fast nichts zur Treibhausgasemission beiträgt, ist es zentral davon betroffen. Es verfügt aber bei einem Bruttoinlandsprodukt von 82 Milliarden US-Dollar kaum über Möglichkeiten, Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Effekte des Klimawandels sind der Anstieg des Meeresspiegels, Erosion entlang der Flüsse, verstärkte Intensität von Wirbelstürmen, intensivere Regenfälle und Hitzeperioden sowie zusätzliche Überflutungen durch Abschmelzen der Himalaya-Gletscher. All diese Faktoren bedrohen weite Landstriche. Neuerdings fallen Hochwasser und Wirbelstürme häufig zusammen, was verheerende Folgen für küstennahe Großstädte hat. Der natürliche Schutz vor Überschwemmungen wird geschwächt durch die fortschreitende Abholzung der Sunderbans, eines großen Mangro-

venwaldes im Südwesten des Landes. Zudem versalzen die Böden wegen des steigenden Meeresspiegels. In als besonders verwundbar geltenden Gebieten leben etwa fünf Millionen Menschen. Bis 2100 könnten mehr als 35 Millionen Menschen ihr Land durch das Steigen des Meeresspiegels verlieren.

Migration ist in Bangladesch in erster Linie interne Migration, auch weil die Grenze zu Indien inzwischen weitgehend geschlossen ist: Sie wird durch einen Zaun hermetisch abgeriegelt. Gerechtfertigt wurde sein Bau von der indischen Regierung mit der Terrorabwehr, aber mittlerweile wird auch auf die „Gefahr“ durch Klimaflüchtlinge verwiesen.

Migration war schon immer eine Strategie der Anpassung an sich wandelnde Umweltbedingungen in Bangladesch, mittlerweile ist sie aber alltäglich geworden. „Displaced persons“, so haben Studien im Auftrag von „Brot für die Welt“ gezeigt, versuchen zunächst sich an anderer Stelle in ihren Heimatdörfern wieder anzusiedeln. Falls ganze Dörfer zerstört werden, weichen die Betroffenen in nahe gelegene Orte aus. Da den Bauernfamilien in den Städten massive Arbeitslosigkeit droht, versuchen sie zunächst in der Landwirtschaft zu bleiben. Versuche der Anpassung an den steigenden Meeresspiegel durch Aquafarming und Garnelenzucht wurden unternommen, im Ergebnis haben davon aber nur Großkonzerne profitiert. Eine Perspektive für die breite Bevölkerung bieten sie nicht.

Erst in einem dritten Schritt migrieren vom Klimawandel betroffene Bauernfamilien in die Großstadt. Inzwischen lebt etwa jeder elfte Bangladeschi in der Hauptstadt Dhaka, was zu einer extrem hohen Belastung der dortigen Infrastruktur führt. Es fehlen Abwassersysteme und staatliche Wasser- und Stromversorgung – Krankheiten breiten sich leicht aus. Unzureichende Angebote an Er-

nahrung und Bildung sind ein weiteres Problem. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit ist die Armut dramatisch. BettlerInnen werden regelmäßig aus der Stadt deportiert.

Mit einem „National Action Plan“ zielt die Regierung auf grundlegende Katastrophenvor- und -nachsorge. Allerdings, so Wirsching, fehlen die Mittel für eine adäquate Umsetzung der Pläne. Theoretisch wäre eine flächendeckende Katastrophenvorsorge nötig, was aber infrastrukturell nicht zu leisten ist. Dringend notwendig wären auch der Ausbau von Deichen, der Schutz von Häusern etc. Zentral für die Betroffenen in den Küstenregionen wäre es, ihnen Unterstützung für einen Einstieg in neue Arbeitsbereiche zu geben. Mikrokredite könnten helfen, ebenso wie eine adäquate Trinkwasserversorgung, und der Einsatz von salzresistenten Pflanzen. Sophia Wirsching schloss mit einem Plädoyer für eine gemeinsame und differenzierte Verantwortung, das Umweltkrisen nicht als lokales Phänomen, sondern im globalen Zusammenhang begreift. Denn die Last des Klimawandels dürfe nicht allein auf den Schultern der besonders betroffenen Länder liegen.

Hervorgehoben wurde in der **abschließenden Diskussion**, dass Migration von den Betroffenen meist als Zwang empfunden werde. „Wir wollen in unserem Land bleiben“, sei eine oft gehörte Aussage. Daher

müsste der Zwang zur Migration durch die Auswirkungen des Klimawandels so weit wie möglich reduziert werden.

Gefragt wurde auch, inwieweit lokales Wissen zum Umgang mit „Natur“-Katastrophen in Hilfsmaßnahmen integriert werde. Es scheint, so wurde bemerkt, dass insbesondere auf internationaler Ebene dieses Wissen kaum berücksichtigt, sondern das Thema i.d.R. relativ abstrakt diskutiert werde, was durch die Verhandlungen im UN-Rahmen eine zusätzliche Eigendynamik erhalten habe.

Auf die Frage, welche staatlichen Akteure in Hilfsmaßnahmen involviert werden sollten, antwortete Wirsching, dass staatliche Aktivitäten in Bangladesch sehr gering seien, sondern eher Nichtregierungsorganisationen aktiv sind. Und bei diesen Aktivitäten werde zunehmend Wert auf die Integration lokalen Wissens gelegt.

Abschließend wurde auf die „Versicherheitlichung“ von Klimaschutzdebatten und -politik hingewiesen, wie sie auch das Beispiel des indischen Grenzzauns zeige. Insbesondere die Industrienationen forcierten die Abschottung ihrer Außengrenzen und investierten massiv in die Aufrüstung ihrer Grenzkontrollen, während der Großteil der unmittelbar Betroffenen gar nicht bis an die Grenzen Europas vordringe. So gehe die „Angst“ Europas an den eigentlichen Problemen völlig vorbei.



Arbeitsgruppen

I. Vom (national)staatlichen Zugriff auf Migration

Boris Michels Vortrag: „The Global Pinoy“ - Staat, Nation und Migration in den Philippinen lenkte die Aufmerksamkeit weg von Diskursen um Migration in den so genannten Aufnahmegesellschaften auf die Frage danach, wie der Diskurs über Migration und MigrantInnen in den Entsendeländern konstituiert ist, und wie sich die Rolle von Arbeitsmigration in den Philippinen in den letzten Jahrzehnten gewandelt hat.

Dabei beschrieb er zunächst die Entterritorialisierung des Diskurses um die Nation, die sich aus der philippinischen Kultur der Migration ergibt. Die massive temporäre Auswanderung ist die wohl bedeutendste Besonderheit der modernen philippinischen Gesellschaft. Etwa 20 Prozent der Arbeitskräfte sind außerhalb des Landes beschäftigt. Migrationsmuster verfestigen sich oft über mehrere Generationen und stellen damit klassische Bindungen von Nation (durch Geburt, Territorium, gemeinsame Geschichte) in Frage.

Seit den 1980er Jahren reagieren Regierungen diskursiv auf diese Entwicklung, Arbeitsmigration gilt demnach keinesfalls als Schande, stattdessen werden die Betroffenen zu modernen Helden stilisiert. Diese Diskurse sollen MigrantInnen an ihre Heimat rückbinden. Im Vortrag wurde gezeigt, wie von Seiten des Staates der Versuch unternommen wird, eine Erzählung von nationaler Zusammengehörigkeit und Nation zu erneuern, die der Transnationalisierung eines signifikanten Teils der Bevölkerung Rechenschaft trägt. Eine Verschiebung der Bewertung von Migration wird deutlich im Versuch unter Präsidentin Aquino den Begriff der „New Heroes“ und etwas weniger energisch unter ihrer Nachfolgerin Arroyo den Begriff

des „Overseas Filipino Investor“ (OFI) zu lancieren.

Aufgrund der hohen Zahl der Betroffenen (fast jede Familie wird von ArbeitsmigrantInnen im Ausland finanziell unterstützt), hängt die Legitimation jeder Regierung auch davon ab, wie sie Arbeitsmigration fördert und MigrantInnen unterstützt. Im Wissen um die ökonomische Bedeutung von Rücküberweisungen als wichtigem Wachstums- und individuellen Aufstiegsfaktor bemühen sich philippinische Regierungen seit Jahrzehnten um die massive Forcierung von Migration und Export von Arbeitskräften.

Die Diskussion setzte bei diesem Punkt ein. So berichtete eine Teilnehmerin, dass die OWWA, eine staatliche Agentur zur Betreuung von MigrantInnen, mangelhaft arbeitet und ihre Beiträge (eine Gebühr auf jeden abgeschlossenen Arbeitsvertrag) nur selten wirklich für im Ausland in Not geratene Filipinas und Filipinos verwendet, nicht zuletzt wegen des mangelnden Einflusses auf die Rechtslage im Ausland.

Ein weiterer Beitrag thematisierte die Ambivalenz von Rücküberweisungen, die ungleiche Entwicklungen noch verstärken können. Der Referent bestätigte diese Sorge: Auch auf den Philippinen erreichen hohe Rücküberweisungen tendenziell eher städtische, weniger arme Familien als die ländlichen Armen.

Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer die Rolle der Medien in den Diskursen um Migration aus den Philippinen. Dabei zeigte sich, dass diese das amtliche Wunschbild um flexible, mobile, unternehmerische und patriotische MigrantInnen sowohl verstärken können, wenn etwa per Fernsehshow eine

„Supermaid“ gesucht wird. Insbesondere Printmedien relativieren diesen „Helden“-Diskurs aber auch, indem sie Ängste um Rechtlosigkeit und Übergriffe im Ausland aufgreifen. Über das Schicksal philippinischer Arbeiter während des Libanon-Krieges und im Irak sowie über die Verurteilung der Hausangestellten Flor Contemplación in Hongkong wurde ausführlich berichtet. Hier wurden erstmals sehr breit die Ambivalenzen zwischen einem (international schwachen) Nationalstaat und einer Transnationalisierung seiner BürgerInnen diskutiert.

Gefragt wurde weiterhin, wie die von den philippinischen Regierungen beabsichtigte stärkere Rückbindung der AuslandsmigrantInnen im Einzelnen aussieht. Teilnehmerinnen und Referent verwiesen zunächst auf lokal verankerte Privatinitiativen, in denen oft Ausgewanderte, also langfristig im Ausland lebende Menschen, ihre Herkunftsorte unterstützen. Wie bei anderen Privatinitiativen bestehen hier allerdings oft Probleme der Kontinuität und Transparenz. Die Regierungen ihrerseits haben das Wahlrecht im Ausland eingeführt und erleichtern die doppelte Staatsbürgerschaft. Schwachpunkt bleibt jedoch die Betreuung im Ausland und materielle Unterstützung im Notfall, wie sie etwa Südkoreas „Overseas Korean Foundation“ leistet.

Abschließend wurde noch einmal auf die Veränderung der Geschlechterverhältnisse hingewiesen, die mit dem Wandel der Migration einhergehen kann. So leben seit einigen Jahren immer mehr junge Frauen temporär im Ausland. Sie entwickeln neue Rollenverständnisse, die nicht selten im Widerspruch zu den Erwartungen ihrer philippinischen Männer und Familien stehen.

Ruth Achenbachs Vortrag: „Japanische Migrationspolitik im Zeichen der globalen Wirtschaftskrise“ erläuterte die Migrati-

onspolitik eines Landes, das Migration nur als letzten Ausweg aus den Folgen der deutlichen Alterung der Gesellschaft akzeptiert und ihre Notwendigkeit ausschließlich mit den erwarteten volkswirtschaftlichen Vorteilen begründet. Das Bild einer ethnisch homogenen Nation wird dabei nicht infrage gestellt. Politische Rechte für MigrantInnen und das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen werden nur auf lokaler Ebene in einigen betroffenen Kommunen diskutiert. Trotz des Arbeitskräftebedarfs können deshalb gering qualifizierte MigrantInnen, die sich nicht auf japanische Vorfahren berufen können, nur „durch die Hintertür“, mit Studierenden- oder Trainee-Visa einreisen.

Die globale Wirtschaftskrise, die in Japan besonders die Bereiche des Arbeitsmarktes trifft, in denen überdurchschnittlich viele MigrantInnen beschäftigt sind (Bauwesen und verarbeitende Industrie), mildert den sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel und zieht die Notwendigkeit von Immigration kurzfristig in Zweifel. Langfristig stellt sich die japanische Regierung auf einen erneuten Arbeitskräftemangel ein und hat sich für verschiedene Maßnahmen entschieden. So wurden zum einen finanzielle Anreize für die Rückwanderung bestimmter Zuwanderungsgruppen geschaffen, während zum anderen Maßnahmen zur Weiterbildung und -qualifizierung implementiert wurden (z.B. in Form von Sprachkursen).

In der Diskussion merkte eine Teilnehmerin an, dass sich Japan nicht einmal um die seit Jahrzehnten ansässigen KoreanerInnen bemüht, die bis heute oft in eigenen Siedlungen unter teils schwierigen Bedingungen leben.

Weitere Beiträge verwiesen darauf, wie exklusiv und angstbesetzt das japanische Modell der Nation sei. Das sei bei deutschen

Diskursen um die Nation als Abstammungsgemeinschaft durchaus ähnlich. Gefragt wurde, ob sich hier im jüngsten Wahlkampf und dem Regierungswechsel 2009 ein Paradigmenwechsel abzeichne. Die Referentin erläuterte, dass Migration zwar Thema im Wahlkampf war, aber untergeordnet blieb. Letztlich sei es immer noch ein zu „heißen Eisen“, das nur bei Rechtsextremen im Vordergrund steht.

Die Frage, ob Japans Regierung innerhalb der ASEAN das Thema Migration diskutiere, wurde verneint. Lediglich bilaterale Verhandlungen mit Indonesien und den Philippinen sind bekannt.

Im Anschluss verwies ein Teilnehmer darauf, dass es nur ein scheinbarer Widerspruch sei, dass trotz hohen Arbeitskräftebedarfs nur wenige Möglichkeiten legaler Einreise bestehen. Stattdessen entspreche – aus der Perspektive der japanischen Regie-

rung – der eingeschränkte Zugang mit befristeten Aufenthaltsgenehmigungen den Arbeitsmarktbedürfnissen. Darüber hinaus sei es auf kommunaler Ebene jahrelang gängige Praxis gewesen, auch illegalisierten MigrantInnen Papiere auszustellen. Seit 2005 nehme jedoch der Druck der Einwanderungsbehörden auf die Kommunen zu.

Diskurse um Einwanderung als Chance für den Wandel der Aufnahmegesellschaften und um Kulturaustausch und Teilhabe der Migrantinnen und Migranten blieben in Japan wohl auch zukünftig marginal. Dominant ist auch in Japan die geopolitische Perspektive eines Wettbewerbes von nationalstaatlich verfassten Volkswirtschaften. Stärker noch als hierzulande lässt sich in Japan jedoch eine Tendenz zur Abschottung beobachten, die Migration nur als temporäres Phänomen wahrnehmen will.

II. Grenzüberschreitende Netzwerke und migrantische Selbstorganisation

Petra Danneckers Beitrag „Das weibliche Gesicht transnationaler Migrationsnetzwerke: Solidarität und Identität von Arbeiterinnen aus Bangladesch in Malaysia“ beleuchtete einen Aspekt, der in der Diskussion um Migrationsnetzwerke weitgehend übersehen wird: Netzwerke von MigrantInnen sind nicht nur geschlechtsspezifisch konstruiert, sondern in und über Migrationsnetzwerke werden auch spezifische Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit ausgehandelt und hervorgebracht.

Die Zahl migrierender Frauen aus Bangladesch hat erst in den letzten 20 Jahren erheblich zugenommen. Malaysia stellt dabei das wichtigste Aufnahmeland für diese Frauen dar, wo sie die gestiegene Nachfrage nach Arbeiterinnen in exportorientierten Sektoren (v.a. Elektronik- und Textilproduktion) bedienen. Während die Arbeitsmigration bangladeschischer Männer auf eine län-

gere Tradition zurückblicken kann und immer noch weitaus größer ist, zeigt die weibliche Migration aus Bangladesch auch in anderen Hinsichten Muster auf, die sich von denen der Arbeitsmigration von Männern unterscheiden:

Der ausdrücklichen Propagierung und Unterstützung der Arbeitsmigration von Männern durch die bangladeschische Regierung und NGOs, etwa in Form von Informationskursen und Fördermaßnahmen für zukünftige und zurückgekehrte Migranten, stehen seit den frühen 1980er Jahren explizite Versuche der Regierung gegenüber, die Migration bangladeschischer Frauen durch Ausreiseverbote einzuschränken bzw. zu verbieten; zudem seien Frauen weitgehend von unterstützenden Netzwerken ausgeschlossen.

Die Kontroversen um die Mobilität bangladeschischer Frauen vor und nach Durch-

setzung der Verbote 1981 und 1997 seien im Kontext von Prozessen der Islamisierung der bangladeschischen Gesellschaft seit Anfang der 1980er Jahre zu sehen; Diskussionen über „angemessenes“ weibliches Verhalten, über „gute“ und „schlechte“ bangladeschische Migrantinnen verweisen dabei auf Positionierungskämpfe um nationale und kulturelle/religiöse Identität, Geschlechterrollen, sowie um Konzepte von Modernität und Entwicklung. In Bangladesch üben vor allem die von männlichen Migranten dominierte Netzwerke sowie islamistische Lobbygruppen maßgeblichen Einfluss auf diese Diskurse aus. Über die Konstruktion einer gemeinsamen religiösen Identität versuchen sie, die häufig prekäre Situation von bangladeschischen Arbeitsmigranten in den Aufnahmeländern zu verbessern und gleichzeitig die Arbeitsmigration von Frauen einzudämmen, denn sie gefährdet das sozial konstruierte Bild des Mannes als (alleiniger) Ernährer der Familie. Die von diesen Diskursen betroffenen Migrantinnen selbst gestalten diese Diskussionen bislang nur unzureichend mit.

Der Beitrag hob jedoch hervor, dass es vielen Frauen trotz dieser Widrigkeiten gelinge, in der Hoffnung auf ökonomische Verbesserung bzw. Sicherung der Lebensgrundlage ihrer Familien in Bangladesch, ins Ausland zu gehen. Lokal entstehen Netzwerke, in denen zurückgekehrte Frauen zukünftige Migrantinnen beraten und ihnen die für die Emigration notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Derartige Informations- und Kreditsysteme eröffneten Frauen gleichzeitig neue Räume, in denen sie Kritik an bestehenden (Geschlechter-)Ordnungen formulieren sowie alternative Lebensentwürfe und Wertvorstellungen entwickeln können. Trotz der schlechten Menschenrechtssituation für MigrantInnen in Malaysia evaluierten Rückkehrerinnen im Gegensatz zu zurückgekehrten Männern ihre Auslands-

erfahrungen häufig als positiv. Diskriminierungserfahrungen werden nur selten thematisiert, hingegen versuchen viele Frauen, ihre durch neue Lebenserfahrungen veränderten Wertvorstellungen in Bangladesch umzusetzen.

Die Migration von Frauen sei also ein zentraler Teil von Globalisierungsprozessen und könne als Indikator für weitreichende kulturelle, ökonomische und soziale Transformationen gesehen werden.

Im sich anschließenden Beitrag von Stefan Rother: „Migrantische Selbstorganisation zwischen Global Governance und lokaler Mobilisierung: Das Migrant Forum in Asia und migrantische Kämpfe in Südostasien“ stellte der Referent das „Migrant Forum in Asia“ (MFA) vor, das derzeit größte regionale Netzwerk von NGOs, die sich für die Rechte von MigrantInnen in Asien einsetzen.

Am Beispiel von neuen Richtlinien der „Philippines Overseas Employment Administration“ (POEA) 2007, die zum besseren Schutz philippinischer Hausangestellter im Ausland verabschiedet wurden, zeigte Stefan Rother zunächst, dass einseitige, nationalstaatlich verfasste Maßnahmen der Dynamik von grenzüberschreitender Migration in Asien nicht mehr gerecht werden. Diese Richtlinien hätten in der Praxis nicht die gewünschten Resultate erzielt, da zivilgesellschaftliche Gruppen und Empfängerstaaten von ArbeitsmigrantInnen nur unzureichend konsultiert und nicht mit anderen asiatischen Entsendestaaten abgestimmt worden waren.

Die Unangemessenheit rein (national)staatlicher Versuche, die Situation von MigrantInnen im Migrationsprozess zu regulieren bzw. zu verbessern, ist ein zentraler Ausgangspunkt für das Selbstverständnis des MFA als explizit transnationales Netzwerk, das weitgehend auf der Selbstorganisation

von MigrantInnen zur Vertretung ihrer Interessen und Belange auf nationaler, regionaler und globaler Ebene beruhe. Koordiniert durch das „Asian Migrant Centre“ in Hongkong, bestand das MFA als eher loses Netzwerk von Organisationen, bis 2003 eine eigene Zentrale in Manila eingerichtet wurde. Heute habe das MFA mehr als 290 institutionelle Mitglieder, die in 16 unterschiedlichen Entsende- und Empfangsstaaten von MigrantInnen in Asien ansässig sind.

Anhand der Organisations- und Arbeitsstruktur des MFA zeigte der Rother auf, wie das MFA seine Mitgliedsorganisationen erfolgreich durch einen verbesserten Informations- und Erfahrungsaustausch untereinander unterstütze und die Verbreitung sowie der Transfer von „best practices“, etwa hinsichtlich einer erfolgreichen Kampagne, von einem Land zum anderen gezielt fördere. In diesem Netzwerk werden unterschiedliche Expertisen zu Forschung, Gender-Fragen, Arbeitsrechte etc. für die Mitgliedsorganisationen nutzbar gemacht. Veranschaulicht wurde dies am Beispiel Hongkong, wo eine Vielzahl von Organisationen ihre Aktivitäten über das MFA koordinieren, mit Partnern in anderen Ländern zusammenarbeiten und an Konsultationsprozessen von Regierungsorganisationen und Behörden in den Ländern der Region teilnehmen.

Das Spannungsverhältnis von migrantischem Aktivismus „von unten“ und der Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden zeigt sich in den beiden Strategien, die das MFA verfolgt: Der „Multi-stakeholder“-Ansatz versucht, auch nichtmigrantische Organisationen in das Netzwerk mit einzu beziehen, z.B. Frauenrechtsgruppen und Gewerkschaften. Die „Inside-Outside“-Strategie wiederum erlaubt dem MFA, sich an UN-Verhandlungsprozessen zu beteiligen, die es von innen heraus zu beeinflussen versuche.

Diese Vorgehensweise stößt jedoch auch auf Kritik: Insbesondere die „International Migrants Alliance“ (IMA), eine Koalition von MigrantInnengruppen, die sich 2008 in Hongkong gegründet hat, lehnt ein Engagement in regierungsgeführten UN-Prozessen ab. Die IMA vertritt dabei die Position, als Grassroots-Organisation müsse „von unten“ eine radikalere Kritik am globalen Wirtschaftsliberalismus geübt werden. Die Konkurrenz zwischen Mitgliedsorganisationen des IMA und des MFA wird offen ausgetragen, wobei die Bruchlinie nach Einschätzung des Referenten auch auf die politischen Konflikte in den Herkunftsländern migrantischer AktivistInnen zurückgeführt werden könnten.

In der sich anschließenden Diskussion beider Vorträge wurde folgenden Leitfragen nachgegangen: Wie unterlaufen MigrantInnen staatliche Steuerungs- und Kontrollstrategien? Wie können MigrantInnen in den Aufnahmegesellschaften auf ihre Lage aufmerksam machen? Welche nicht-staatlichen Gruppen und Institutionen nehmen sich dieses Themas an?

Trotz der unterschiedlichen, jeweils spezifischen Länderkontexte, in die die von den Referenten besprochenen Netzwerke eingebettet sind, wurde als Gemeinsamkeit beider Vorträge herausgearbeitet, dass sie die Limitiertheit einer nationalstaatlichen Perspektive auf Migration einer Kritik unterzogen und die Transnationalität von migrantischen Lebenswelten und Netzwerken hervorhoben. Transnationale Netzwerke, die mit und durch den Transport von Informationen, Wissen, Erfahrungen, Bildern und Werten sowie der Verbindung unterschiedlichster Akteure über nationalstaatliche Grenzen hinweg entstehen, können für einzelne MigrantInnen zu einer Risikominimierung im Migrationsprozess führen; dieser für MigrantInnen häufig ‚positive‘ Effekt von Netzwer-

ken kann in Gestalt von Kettenmigrationen, etwa von MigrantInnen aus einer bestimmten Region oder örtlichen Gemeinschaft, beobachtet werden.

Gleichzeitig wurde in der Diskussion auf die Heterogenität von Akteuren in Netzwerken hingewiesen: Nicht nur MigrantInnen und ihre Communities seien über und in Netzwerken miteinander verbunden, sondern neben zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen auch staatliche Akteure und eine Fülle weiterer Personen wie Anwälte, Broker, Agenturen, Reisebüros, Industrieverbände etc., die als Teile transnationaler Migrationsindustrien auf Migrationsdiskurse Einfluss nehmen.

Bezugnehmend auf die beiden Input-Referate wurde festgestellt, dass jeweils auf unterschiedliche Arten von Netzwerken fokussiert wurde: Stefan Rother beschäftigte sich in seinem Beitrag hauptsächlich mit Koalitionen und Netzwerken migrantischer AktivistInnen und NGOs wie dem „Migrant Forum in Asia“, die sich auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene für die Rechte von MigrantInnen einsetzen und auf politische Aktionen und gesellschaftlichen Wandel hin orientiert sind. Der Netzwerk-Begriff in Petra Danneckers Beitrag war demgegenüber weiter gefasst, insofern die Fülle unterschiedlicher Akteure mit sich teilweise diametral gegenüberstehenden Interessen als Beteiligte Berücksichtigung fand; ihr Konzept setzte Solidarität zwischen Netzwerk-Beteiligten nicht definitorisch voraus, so dass Solidarität erstmal nur als ein mögliches, nicht notwendiges Resultat von Netzwerkbildungen verstanden werden könnte.

Dies machte deutlich, dass unterschieden werden muss zwischen (1) formell organisierten, von Akteuren intentional gebildeten Netzwerken (wie dem MFA), die über eine gemeinsame Interessenvertretung und die Gründung von translokal tätigen Solidarge-

meinschaften zur Verbesserung der Situation von MigrantInnen in einzelnen Ländern und Regionen Asiens beitragen können, und (2) informellen oder nur punktuell formalisierten Netzwerkstrukturen zwischen einer Vielzahl von Akteuren, die sich zuweilen jenseits der Intentionen der einzelnen Beteiligten formieren.

In der Diskussion wurde mit dem Hinweis darauf, dass diese unterschiedlichen Formen von Netzwerken simultan bestehen und in der Praxis häufig nicht klar voneinander abgrenzbar sind, angeregt, in Zukunft näher zu beleuchten, wie Institutionalisierungsprozesse von Netzwerken ablaufen und in welchem Verhältnis diese unterschiedlichen Netzwerke zueinander stehen. Zudem könnten sie nicht nur als empirische Variationen, sondern auch als unterschiedliche Konzepte verstanden werden, die jeweils andere Aspekte sichtbar machen können. So sind nach der zweiten Lesart/Version des Netzwerk-Begriffs stets auch ausbeuterische Verhältnisse in Netzwerke eingebettet, wie Petra Dannecker am Beispiel hoher Vermittlungsgebühren sogenannter Anwerbeagenturen, Arbeitsvermittler etc. aufgezeigt hatte, die häufig zu einer extremen Verschuldung von bangladeschischen MigrantInnen in Malaysia führen. Zudem werden über und durch Netzwerke Wertvorstellungen und Bilder transportiert, die MigrantInnen einem hohen sozialen Druck aussetzen (z.B. Erwartungen der Familie, Community hinsichtlich finanziellem ‚Erfolg‘ der Migration).

Aber auch nach dem erstgenannten Verständnis von Netzwerken sind Probleme beobachtbar: wie Stefan Rother's Vortrag am Beispiel des MFA und der IMA deutlich gemacht hatte, kann es zwischen aktivistischen Netzwerken zu Konkurrenzsituationen (z.B. um Ressourcen) und Positionierungskämpfen (bzgl. Selbstverständnis, Inhalten, Zielen, Wahl der Kooperationspartner etc.) kom-

men. Häufig hänge die Verortung einzelner NGOs und Gruppen zu einem dieser beiden Netzwerke mit politischen Positionslinien in den jeweiligen Herkunftsländern der MigrantInnen zusammen. Die Transmission von ‚negativem Sozialkapital‘ im Sinne einer Weitergabe von Spaltungen durch Netzwerke sei daher nicht zu vernachlässigen. Zudem können Hierarchisierungen innerhalb dieser Netzwerke entstehen, etwa zwischen lokal verorteten und auf regionaler oder internationaler Ebene aktiven NGOs, wobei die Übergänge zwischen Solidarität und gleichberechtigter Teilhabe einerseits und hierarchischen Strukturen und Konkurrenzen andererseits oft fließend sind.

Die Bedeutung von Netzwerken wurde in der Diskussion daher als ambivalent bewertet. Festgehalten wurde, dass beide Arten von Netzwerken durch die vorgenannte Vielfalt von Akteuren, die auf unterschiedlichen Ebenen aktiv sind, einen rein nationalstaatlichen Zugriff auf Migration erschweren; transnationale Netzwerke böten so MigrantInnen Möglichkeiten und Wege, staatliche Steuerungs- und Kontrollstrategien zu unterlaufen bzw. aktiv zu bekämpfen. Kooperationen mit und Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Organisationen seien dabei jedoch stark kontextabhängig, insbesondere von den politischen Möglichkeitsstrukturen in den einzelnen Ländern bzw. in einzelnen Städten. Hongkong nehme beispielsweise eine besondere Stellung ein als Knotenpunkt migrantischen Widerstands in Asien. Aber auch die unterschiedlich starke Unterstützung migrantischer Kämpfe in Japan, Südkorea und Malaysia weise auf die jeweils unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Opportunitätsstrukturen in diesen Ländern hin. Die Beschäftigung mit transnationalen, migrantischen Netzwerken dürfe daher die Rolle des Staates und der von ihm gesetzten Rahmenbedingungen nicht vernachlässigen.

Anschließend diskutierten die Teilnehmer über die soziale und kulturelle Dimension sowie Implikationen von Migrationsnetzwerken in Asien: In den Aufnahmegesellschaften bringe Migration häufig Irritationen hinsichtlich Identitäten, Kategorien, Teilhabe, Gesellschaftsvorstellungen etc. hervor. Im Kontext Südkorea und Japan beispielsweise entstünden neue Diskurse um Zugehörigkeit und Staatsbürgerschaft, vor allem durch den Wandel von Herkunfts- zu Aufnahmegesellschaften, aber auch durch eine wachsende Zahl von Kindern aus binationalen Partnerschaften.

Betont wurde in der Diskussion, dass Migrationsnetzwerke keinen einseitigen Transfer, von Herkunftsländern in Aufnahmeländer, beinhalten, sondern auch stets zu Veränderungen in den Herkunftsgesellschaften führen. Die Teilnehmer diskutierten diesen Punkt als Blindstelle in den gängigen Migrationsdiskursen: Rückspiegelungen emigrantischer Erfahrungen im Ausland sowie der Informationsaustausch durch RückkehrerInnen können zu Hinterfragungen des gesellschaftlichen Diskurses im Herkunftsland und zu alternativen Lebensentwürfen und Wertvorstellungen führen. Unter Verweis auf Petra Danneckers Ausführungen zu (veränderten) Genderkonstruktionen in und durch Migrationsnetzwerke im Kontext Bangladesch wurde z.B. das veränderte (Selbst-)Bild philippinischer Migrantinnen, die als Hausangestellte etwa in Hongkong und in den Golfstaaten arbeiten, thematisiert. Einige Teilnehmerinnen bestätigten aus ihren eigenen Erfahrungen, dass sie in der Diaspora der sozialen Kontrolle der Familie weitestgehend entzogen waren; allein und selbständig in der Fremde leben zu müssen, bedeutete auch, freier leben zu können. Gleichzeitig hätten Gewohnheiten und Rituale aus ihren Herkunftsländern im Ausland an Bedeutung gewonnen. Und diese

unterschiedlichen Erfahrungen machten sich in ihren Begegnungen und im Austausch mit Personen in ihren Herkunftsländern bemerkbar. Viele DiskussionsteilnehmerInnen teilten dabei die Beobachtung, dass sich das Selbstbild und die Rolle der Frau durch Migration häufig verändere, ein entsprechender Wandel bei Männern jedoch seltener erlebt wurde.

Es wurde ferner darauf hingewiesen, dass auch Rücküberweisungen von MigrantInnen in ihre Herkunftsländer sowie ihre „Abwesenheit“ in ihren Familien, Gemeinschaften etc. die Herkunftsgesellschaften verändern; die Auswirkungen von Migration auf die Situation der Daheimgebliebenen werde dabei zumeist übersehen. Im sich anschließenden Austausch über die negativen Folgen von Rücküberweisungen wurden verstärkte Ungleichheiten innerhalb der Nachbarschaft oder zwischen ganzen Ortschaften, wenn nur einige wenige „Privilegierte“ Rücküberweisungen ihrer Familienmitglieder erhalten, während andere Familien oder Nachbardörfer keine Mitglieder im Ausland haben, genannt. Hinsichtlich Veränderungen in sozialen Strukturen wurde angesprochen, wie sich Familienstrukturen z.B. in Bangladesch und in den Philippinen durch die vermehrte Migration von Frauen verändern, während z.B. Phänomene wie die ‚Bildungsmigration‘ von südkoreanischen Müttern mit ihren Kindern ins englischsprachige Ausland (bzw. etwa in die Philippinen, wo die Kinder englischsprachige Schulen besuchen) zu stark differenzierten Geschlechterrollen und Arbeitsteilung sowie getrennten Lebenswelten führen (Väter in Südkorea als alleiniger Ernährer, Mütter im Ausland als allein zuständig für Erziehung; beide Eltern ‚opfern‘ ihre Beziehung für den Bildungserfolg der Kinder).

Hervorgehoben wurde, dass die Auswirkungen auf Familienstrukturen in den Her-

kunftsländern häufig besonders groß scheinen, weil und insofern MigrantInnen in andere asiatische Länder migrieren, in denen der Familiennachzug staatlicherseits nicht gestattet oder unterbunden wird und/oder MigrantInnen nur für eine begrenzte Zeit allein ins Ausland gehen können/wollen. Diskutiert wurde ferner, ob die Unterschiedlichkeit kultureller und sozialer Normen und Werte zwischen Herkunfts- und Aufnahme-kontext eine Rolle spiele, indem veränderte Selbstverständnisse und Lebensentwürfe umso sichtbarer würden.

Angesprochen wurde zudem das Thema „Mythen der Migration“, die gewissermaßen durch eine „Selbstzensur“ von MigrantInnen fortbeständen. Übereinstimmend äußerten die TeilnehmerInnen, dass negative Erfahrungen im Ausland, etwa hinsichtlich Diskriminierung, Ausbeutung, Gewalt, Hilflosigkeit, Einsamkeit etc. im Heimatland häufig verschwiegen werden; in dieser Hinsicht befördern Netzwerke nur selektive Informationen und sind in ihrem Potential als Risikominimierer begrenzt. Dies liege häufig darin begründet, den (häufig ökonomisch definierten) „Erfolg“ der Migration nicht durch negative „Stories“ schmälern zu wollen. Das positive (Selbst-)Bild als „mutige/r, fleißige/r MigrantIn“ zu beschädigen, hieße auch, das durch die Migration gewonnene soziale Prestige daheim zu gefährden.

Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass MigrantInnen z.B. Diskriminierungserfahrungen ganz unterschiedlich interpretieren können. Wie Petra Dannecker anhand der Situation vieler bangladeschischer MigrantInnen in Malaysia aufgezeigt hatte, bewerteten diese die von ihnen in Malaysia erlebte strikte Kontrolle und Überwachung durch ihre Arbeitgeber (einschließlich der Unterbringung in abgelegenen, separaten Gemeinschaftswohnheimen und stark eingeschränkter Bewegungsfrei-

heit) durchaus als Schutz, etwa vor Konflikten mit oder vor Gewalt Dritter. Dies führte zu einer Diskussion über die Ambivalenz von Menschenrechten, die von unterschiedlichen Akteuren verschiedentlich erlebt und verstanden werden können.

Abschließend wurde der vorgenannte Punkt „Selbstzensur“ von einigen TeilnehmerInnen in Frage gestellt. Sie berichteten aus ihrer eigenen Erfahrung, dass Diskriminierungserfahrungen im Ankunftskontext häufig auch als eine „gute“ Lebenserfahrung umgedeutet werden können, an denen MigrantInnen wachsen und sich weiter entwickeln. Der „Erfolg“ von Migration bestehe aus ihrer Sicht auch darin, durch die Konfrontation mit negativen Erfahrungen Schwierigkeiten überwinden zu lernen; dies könne als Empowerment erlebt werden.

Dem wurde entgegnet, dass ein Großteil von MigrantInnen auf individueller Ebene zwar auch Ziele wie Selbstentwicklung und das Sammeln von Erfahrungen mit ihrer Migration verbinden, dies jedoch nicht darüber hinweg täuschen sollte, dass viele MigrantInnen keine oder eine nur stark eingeschränkte ‚Wahlmöglichkeit‘ haben: ökonomische Bedürfnisse oder Erwartungen in der Familie, z.B. an die pflichtbewusste Tochter oder den erstgeborenen Sohn, im Ausland Geld für den Familienunterhalt zu verdienen, stellen oftmals den relevanten Hintergrund dar, vor dem sich Einzelne für ihre Migration ‚entscheiden‘. Männer und in Asien zunehmend auch Frauen werden angesichts finanzieller Not häufig von ihren Familien gezwungen, ins Ausland zu migrieren.



Die Referentinnen und Referenten

Ruth Achenbach, M.A., ist Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Arbeitsmarkt und Zuwanderung – Japan in vergleichender Perspektive“ in der Abteilung Sprache und Kultur Japans am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg. Ihr Studium der Japanologie, Sinologie und Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg und der Meiji Gakuin Universität, Tokyo, schloss sie im Jahr 2009 ab. Zu ihren Forschungsinteressen gehören Netzwerktheorie, internationale Migration nach Japan und Japans auswärtige Beziehungen. *Kontakt: ruth.achenbach@uni-hamburg.de*

In-Sook Choi, geboren 1982, ist Diplom-Soziologin. Sie hat an der Universität Bamberg und Université Paris X Nanterre studiert und promoviert im Rahmen eines deutsch-französischen Promotionsverfahrens (cotutelle de thèse) an der Georg-August-Universität Göttingen und der École Normale Supérieure de Cachan über die Rechte ethnischer Minderheiten in Japan und Südkorea. Aktuell arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Göttingen. *Kontakt: in-sook.choi@ens-cachan.fr*

Petra Dannecker, Dr., ist Professorin am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Anglistik in Konstanz. Studienaufenthalte in den USA und Großbritannien. Promotion im Graduiertenkolleg „Markt, Staat, Ethnizität“ an der Universität Bielefeld. Anschließend Wissenschaftliche Assistentin an der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld mit den Schwerpunkten Entwicklungssoziologie, Sozialanthropologie und Geschlechterforschung. Zwischen 1998 und 2007 mehrmonatige Feldforschungsaufenthalte u.a. in Bangladesch, Malaysia und den Philippinen. Seit 2008 Professur an der Universität Wien. *Kontakt: petra.dannecker@univie.ac.at*

Rolf Jordan, Dr., ist Sozialwissenschaftler, der seit vielen Jahre zu Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung, Migration und sozialer Sicherheit in Südostasien – insbesondere in Singapur und Malaysia –forscht. Neben seiner wissenschaftlichen Mitarbeit an der Universität Kassel hat er im Rahmen der Südostasien Informationsstelle auch in Projekten des Asienhauses in Essen mitgearbeitet. *Kontakt: rojordan@uni-kassel.de*

Daniel Kremers ist Doktorand in der Graduate School „Society and Culture in Motion“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, wo er zum Thema „Japans Gastarbeiter‘ und die Zivilgesellschaft – Die Debatte und der politische Prozess um das Industrielle Ausbildungsprogramm zwischen Technologietransfer und Ausbeutung“ promoviert. Zusammen mit Tilman Königs drehte er 2008 in Japan den Dokumentarfilm „Saure Erdbeeren“ über die Situation von Arbeitsmigranten in Japan. *Kontakt: sour.strawberries.movie@googlemail.com*

Boris Michel, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie an der Universität Erlangen-Nürnberg. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind interdisziplinäre Stadtforschung, Diskurstheorie und Kulturgeographie. Gegenwärtig Arbeit zum globalen Transfer innerstädtischer Aufwertungsstrategien. 2009 Promotion über neoliberale Urbanisierung in den Philippinen. *Kontakt: bmichel@geographie.uni-erlangen.de*

Stefan Rother, geboren 1972, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung in Freiburg. Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Freiburg und Sydney. Promotion zum Thema "Arbeitsmigration zwischen den Philippinen und Hong Kong - Das Entstehen transnationaler Politikräume". *Kontakt: mail@stefan-rother.de*

Sophia Wirsching, Politologin, tätig als Beraterin Migration & Entwicklung im Menschenrechtsreferat des evangelischen Entwicklungswerks Brot für die Welt – einen Schwerpunkt bildet die Arbeit zu klimabedingter Migration. Brot für die Welt und die Schwesterorganisation Diakonie Katastrophenhilfe unterstützen ein Programm der NRO Prodiplan in Bangladesch, in dem Katastrophenvorsorge- und Anpassungsmaßnahmen eng verzahnt sind. Gemeinsam mit Prodiplan wurde im Mai 2010 eine Studie über die Situation von Klimaflüchtlingen in Bangladesch fertiggestellt. *Kontakt: S.Wirsching@brot-fuer-die-welt.de*

Impressum

Herausgeber

Korea-Verband e.V. | Rostocker Straße 33 | 10553 Berlin

Südasiens-Informationnetz e.V. | Reichenberger Straße 35 | 10999 Berlin

Dokumentation

Torsten Otto

Elisabeth Schober

Hyo-Eun Shin

Eric Töpfer

Titelbild

Christoph Freudenberg

Satz und Layout

Eric Töpfer

Berlin, Dezember 2010

Alle Rechte bei den Herausgebern